

# Verschieden und doch gleich

Dass Deutschland sich abschafft, ist längst nicht ausgemacht. Doch was heißt Integration, und was kann in ihrem Namen verlangt werden?

Von Professor Dr. Wolfgang Huber

**S**eit Jahren wird hierzulande über die Frage gestritten, ob Deutschland sich dazu bekennen soll, ein „Einwanderungs-“ oder „Zuwanderungsland“ zu sein. Da Einwanderung und Abwanderung sich inzwischen ungefähr die Waage halten, ist diese Frage längst überholt. Daher muss uns nicht nur das Thema beschäftigen, welche Art von Zuwanderung heute wünschenswert ist, sondern auch die Frage, wie die jährliche Abwanderung zu beurteilen ist. Es muss nachdenklich stimmen, dass mehr Menschen mit akademischer Qualifikation Deutschland verlassen als einwandern.

Dennoch ist die späte Einsicht richtig, dass es Regeln für die Zuwanderung geben muss. Die weltweiten Verflechtungen und die besondere demographische Situation unseres Landes lassen keine andere Wahl. Ausrichten müssen sich diese Regeln an wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Deshalb müssen sie Anforderungen an die Qualifikation der potentiellen Zuwanderer enthalten. Auch der Familiennachzug muss in die Überlegungen einbezogen werden, um eine Einwanderung in die Sozialsysteme zu vermeiden. Dass es daneben immer Regeln für eine Zuwanderung aus humanitären Gründen geben muss, wird manchmal vergessen. Dabei hat der damalige Bundespräsident Johannes Rau den Unterschied zwischen diesen beiden Dimensionen der Zuwanderung schon vor einem Jahrzehnt denkbar knapp und erleuchtend formuliert: „Eine Einwanderungsregel ist eigenständig, das Recht auf Asyl ist uneigennützig.“

Entscheidend ist heute also nicht die Debatte darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, es geht vielmehr um die Einsicht, dass wir in einer Integrationsgesellschaft leben. Deren Zustand sollte ohne falsche Dramatisierungen, aber mit der notwendigen Nüchternheit betrachtet werden. Das erste Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration stellt den Integrationsbemühungen in Deutschland insgesamt ein erstaunlich positives Zeugnis aus. Auf vielen Feldern sei die Integration gelungen; beide Seiten der Integrationsgesellschaft schätzen das auch subjektiv so ein.

Wichtige Einwanderergruppen haben mittlerweile ein Bildungsniveau erreicht, das mit dem der deutschen Mehrheitsbevölkerung vergleichbar ist. Wo das nicht der Fall ist, kann also nicht allein der Migrationshintergrund ausschlaggebend sein; es muss vielmehr spezifische, sozial bedingte Integrationshindernisse geben. Die größten Integrationsdefizite zeigen sich bei Türken, Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Afrikanern. Spätaussiedler sowie Zuwanderer aus Südeuropa, aus anderen EU-Ländern sowie aus Asien verfügen dagegen oft über einen guten Bildungsstand und sind dadurch auch gut integriert.

Ein Katastrophenszenario ist demnach unangemessen. Insbesondere ist es unangebracht, die großen Herausforderungen der deutschen Gesellschaft vorwiegend auf die Zuwanderung zurückzuführen. Sie ergeben sich vielmehr in erster Linie aus dem demographischen Wandel. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft durchlebt einen doppelten Alterungsprozess. Während die durchschnittliche Lebenserwartung seit Jahren steigt, sinkt die Zahl der Geburten. Die „Überalterung“, von der in diesem Zusammenhang oft die Rede ist, sollte man deshalb eher eine „Unterjüngung“ nennen.

Eine Gesellschaft, deren Alterspyramide auf dem Kopf steht, hat es schwer, zuverlässig in die Zukunft zu schauen, verweigert sie doch in weiten Teilen die elementarste Form solcher Zuversicht, nämlich die Geburt und das Aufwachsen von Kindern. Aus der pessimistischen Stimmung heraus, die sich in einem solchen Verhalten zeigt, wird eine zahlenmäßig wachsende Migrationsbevölkerung als Bedrohung wahrgenommen. Dass der Anteil an Kindern ausländischer Herkunft in Grundschulen weit höher ist als im Durchschnitt der Bevölkerung, erfüllt viele Deutsche mit Sorge. Befürchtungen, die aus der demographischen Konstellation der Mehrheitsbevölkerung entstehen, werden auf die Einwanderer projiziert.

Doch ein solcher Sündenbockmechanismus führt in die Irre. Die Probleme, die mit dem Alterswandel der deutschen Gesellschaft verbunden sind, dürfen nicht der Migrationsbevölkerung aufgeladen, sondern müssen an einem eigenen Ort verhandelt werden. Diese Forderung schließt Erwartungen an die Einwanderer nicht aus. Doch von ihnen muss im Kern nichts anderes erwartet werden als von anderen Glie-

dern der Gesellschaft auch: Dass sie Verantwortung für das eigene Leben übernehmen, sich an der Mehrung des gesellschaftlichen Wohlstands beteiligen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Der Respekt vor der gleichen Würde jedes Menschen bildet den Ausgangspunkt auch für den Umgang mit den Problemen einer Integrationsgesellschaft. Der Gedanke der Egalität hat in Judentum und Christentum eine wichtige Wurzel. Wenn nun mit neuem Nachdruck gesagt wird, dass das Christentum und das Judentum „zweifelsfrei zu Deutschland“ gehören, dann geht es nicht so sehr um besondere kulturelle Ausprägungen der jüdisch-christlichen Tradition, sondern zuallererst um den universalistischen Kern der im Judentum wurzelnden christlichen Botschaft. Dieser Kern besteht darin, dass das Bekenntnis zu dem einen Gott sich mit einer universalistischen Anerkennung der Gottesebenbildlichkeit und damit der gleichen Würde aller Menschen verbindet.

Insbesondere die Reformation hat hervorgehoben, dass diese Anerkennung des Menschen durch Gott allen menschlichen Leistungen, Einstellungen und Fähigkeiten vorausgeht. Damit begründen weder Unterschiede der intellektuellen Fähigkeiten noch unterschiedliche Schichtzugehörigkeiten einen unterschiedlichen Rang oder eine unterschiedliche Würde. Im Blick auf das Menschenbild heißt deshalb der Ausgangspunkt: verschieden und doch gleich.

Derzeit wird jedoch die Ebenbürtigkeit von Migrationsbevölkerung und Mehrheitsbevölkerung massiv in Zweifel gezogen. Das deutlichste Beispiel dafür hat Thilo Sarrazin gegeben, indem er eine nur marginal beeinflussbare Zusammengehö-

rigkeit von genetisch bedingter Intelligenz und Schichtzugehörigkeit zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen gemacht hat. Sarrazin geht zwar zunächst von einer Ebenbürtigkeit aller Menschen aus und erklärt, dass „die genetische Ausstattung der Menschen aller Länder und Völker von großer Ähnlichkeit“ sei. Doch wichtiger ist ihm die Aussage, Intelligenz sei zu 50 bis 80 Prozent erblich; das verbindet er wiederum mit der Behauptung einer schichtenspezifischen Abstufung der Intelligenz.

Weiten Regionen der Erde schreibt Sarrazin einen entsprechenden Mangel an Intelligenz zu und erklärt deshalb Zuwanderung aus diesen Regionen für unerwünscht. Dadurch erhält seine Argumentation eine ethnische Konnotation. Im Fall des Judentums geht er davon aus, dass die Verfolgungsgeschichte des jüdischen Volkes zu einer vererbaren Steigerung des durchschnittlichen Intelligenzquotienten geführt hat; im Blick auf die muslimischen Länder unterstellt er, dass Armut und Mangel einen genetisch bedingten Intelligenzmangel zur Folge haben. In einer Abfolge teils positiver, teils negativer Selektion verwandeln sich historische Erfahrungen in genetische Dispositionen. Der Umgang mit ganzen Bevölkerungsgruppen kann, ja muss sich Sarrazin zufolge an dieser Vorstellung kollektiver genetischer Dispositionen orientieren. Die einen sollen sich vermehren, die anderen sollen daran nach Möglichkeit gehindert werden.

Mit dem Bild vom Menschen als einer Person, die mit einer unantastbaren Würde ausgestattet ist, passt das nicht zusammen. Das christliche Menschenbild verlangt vielmehr, die in einem Menschen liegenden Begabungen und Chancen so gut wie möglich zu fördern und zur Entfaltung